

# VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postverzeichnisse  
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postverzeichnisse  
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 61, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Sonnabend, 21. März 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

## Parteigenossen!

Im Laufe der letzten Woche wurden von uns die Artikel betreffs der Festschrift: „Arbeiter-Maisfeier“ verfaßt. Bis heute sind uns — sei es infolge von Wohnungsänderung, Abreise oder dergleichen — als unbefestbar von der Post zurückgeliefert worden die nach folgenden Orten gegangenen Sendungen:

Hodenern bei Hannover, Bruchsal, Eberswalde, Ehlingen, Frankenberg i. S., Sehe, Stabe.

Wir bitten nun die Genossen an diesen Orten, uns Adressen zukommen lassen, zu wollen, und knüpfen hieran die allgemeine Aufforderung,

überhaupt aus allen Orten, wo eine größere Anzahl von Parteigenossen ihren Wohnsitz hat, uns Adressen einzusenden.

Es genügt nicht, daß — wie vielfach angenommen wird — aus jedem Wahlkreis je ein Vertrauensmann sich mit uns in Verbindung setzt, wir müssen vielmehr, um gegebenen Falles mit den Genossen der einzelnen Orte in raschen und unmittelbaren Verkehr treten und ohne Verzögerung direkt Nachrichten mitteilen und Erklärungen einholen zu können, in allen einzelnen Orten der Wahlkreise die Adressen von zuverlässigen Parteigenossen zur Verfügung haben und von allen Abänderungen rechtzeitig benachrichtigt werden.

Wir bitten, diesbezügliche Mitteilungen baldigst an J. Auer, Ragbachstr. 9 I, Berlin SW., gelangen lassen zu wollen.

Mit sozialdemokratischem Grusse  
Der Parteivorstand.

## An den Nationalrat der französischen Arbeiterpartei\*).

Genossen!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beauftragt mich, Euch als Vertretern der französischen Sozialdemokratie zur Feier des 18. März die Brudergrüße der deutschen Sozialdemokratie zu übermitteln.

Als im Oktober des vorigen Jahres die Genossen Feroul und Guesde von Euren Kongressen in Lille und Calais kommend dem Halle'schen Kongress die Grüße der französischen Brüder überbrachten, da antwortete ihnen ein vielhundertstimmiges: „Hoch das sozialistische Frankreich! Hoch das Frankreich der Arbeiter!“, das sich mit dem „Hoch das sozialistische Deutschland!“ Eurer Vertreter mischte. Das vielhundertstimmige Hoch des Kongresses von Halle war aber der Ausdruck des Fühlens und Denkens des sozialistischen Deutschlands, das bei den Wahlen am 20ten Februar 1890 1 1/2 Millionen Männer an die Wahlurne geschickt hatte.

In Halle ward damals der Bruderbund feierlich erneuert, den wir im Juli 1889 zu Paris besiegelt.

Der 18. März — der Gedenktag der Berliner Erhebung von 1848 und der Pariser Kommune von 1871 ist zu einem internationalen Feiertag geworden, dessen man in unserem Deutschland in jeder Stadt, in jedem Orte, wo es Sozialdemokraten gibt, ernst gedenkt.

\* Im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richte Liebknecht diese Adresse an unsere Pariser Freunde, die den Gedenktag der Kommune feiern. Sie hat in deutscher Uebersetzung den vorstehend wiedergegebenen Wortlaut.

um das gegenwärtige Geschlecht durch die Erinnerung und die Großtaten der Vergangenheit für die schweren Aufgaben der Gegenwart und die schwereren der Zukunft zu stärken.

Wenige Wochen später wird ein zweiter internationaler Feiertag uns vereinigen; das Maisfest, an welchem die deutschen Arbeiter Ein Herz und Eine Seele mit den Proletariern aller übrigen Länder in Achtung gebietender Einheitslichkeit und Zahl den Achtstundentag fordern und ihre Zugehörigkeit zur internationalen Gemeinschaft der arbeitenden Klassen bekunden werden.

Wol sagen Euch die Gegner, um Langtrauen und Zwietracht zu säen, die heutige Sozialdemokratie habe seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes aufgehört zu sein, was sie früher war. Das ist eine lächerliche Verleumdung — wir sind, was wir waren und was wir stets sein werden: Sozialdemokraten. Genug, wir reichen Euch zum Gedächtnis an Euren und an unseren 18. März die Bruderhand über den Rhein und die Vogesen. Der Weltfriede liegt jetzt in der Hand des französischen und des deutschen Volkes. Möge es unseren vereinigten Anstrengungen gelingen, den Chauvinismus der besitzenden Klassen zu überwinden und durch die Friedensliga des internationalen Proletariats der kapitalistischen Ausbeutung, welche die Mutter des Klassenkampfes und des Krieges ist, auf ewige Zeiten ein Ende und die Verbrüderung der Menschen und der Völker zur Wahrheit zu machen.

Mit sozialdemokratischem Grusse  
Berlin, im März 1891.

W. Liebknecht.

## Die neueste Unfallstatistik und was aus ihr hervorgeht.

Endlich haben wir die erste zuverlässige Unfallstatistik erhalten. Das Reichsversicherungsamt hat soeben die Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle für das Jahr 1887 veröffentlicht. Dieselbe erstreckt sich auf circa 320 000 versicherungspflichtige Betriebe mit fast 4 Millionen versicherter Personen, welche 62 Berufsgenossenschaften angehören.

Mit Recht betont das Reichsversicherungsamt als den nächsten und wichtigsten Zweck dieser Veröffentlichung die nötige Aufklärung über die Möglichkeit der Unfallverhütung und die etwa sich als wünschenswert herausstellenden mit der Unfallverhütung zusammenhängenden sozialpolitischen Maßregeln zu schaffen.

Um diesen Zweck zu erreichen, wird z. B. in der Schrift des Reichsversicherungsamts dargelegt, welcher Anlaß bei den einzelnen Maschinen die Unfälle herbeigeführt hat, so daß hieraus eine Fülle beherzigenswerter Fingerzeige entnommen werden kann, wie die dadurch aufgedeckten Gefahrenquellen für die Zukunft zu verstopfen sein werden.

Von den im Jahre 1887 im Ganzen vorgekommenen 15 000 entschädigungspflichtigen Unfällen werden bemerkenswerter Weise nur ungefähr 7000, das sind 43 Pzt., als bei dem heutigen Stande der Technik noch nicht abwendbar bezeichnet.

Für alle die übrigen Unfälle, deren Zahl für das Jahr 1887 8485 beträgt, also 53 Pzt. der gesamten entschädigungspflichtigen Unfälle, hat nachgewiesenermaßen ein Verschulden beteiligter Personen vorgehandelt.

Dem Arbeitgeber ist das Fehlen von Schutzvorrichtungen (1700 Unfälle), mangelhafte Betriebseinrichtung (1122) und fehlende oder ungenügende Anweisung der Arbeiter (334) zur Last zu legen. Den Arbeiter trifft die Schuld bei Unachtsamkeit oder Ungeschicklichkeit (2634) Verletzung bestehender Vorschriften (825), Leichtsinns (316), Nichtbenutzung oder gar Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtung (281), endlich bei ungeeigneter Kleidung (38). Arbeitgeber und Arbeiter zusammen waren bei 711, Mitarbeiter oder Dritte bei 524 Unfällen schuldig. Im Ganzen also hätten 8485 entschädigte Unfälle oder 53 Pzt. der Gesamtzahl bei strengster Pflichterfüllung aller Beteiligten vermieden werden können. Bemerkenswert ist, daß das eigene Verschulden der Verletzten in den höheren Altersklassen weitaus abnimmt, während andererseits in diesen die Betriebsgefahr eine viel größere ist. Es folgt daraus, daß der jugendliche Arbeiter besonders sorgfältig überwacht und von gefährlichen Arbeiten möglichst fern gehalten werden muß. Die weiblichen Arbeiter stehen den männlichen an Vorsicht und Geschicklichkeit nicht nach, dagegen überwiegt bei ihnen die Neigung, sich über bestehende Vorschriften hinwegzusetzen und durch leichtsinniges Verhalten in den Fabrikräumen, Wägereien, Hebereien u. dergl. sich in Gefahr zu begeben; vor allem entschließen sie sich trotz vielfacher Anleitung schwer zur Anlegung zweckmäßiger Kleider, sie sind aber auch überhaupt durch ihre Kleidungsform im höheren Grade der Unfallgefahr ausgesetzt.

In der ungeheureren Anzahl von 3156 Fällen waren also die Arbeitgeber Schuld an dem Unglück ihrer Arbeiter und in weit über der Hälfte dieser von den Unternehmern verschuldeten Unfälle haben sie trotz der bestehenden behördlichen Bestimmungen die erforderlichen Schutzmaßregeln zu treffen unterlassen. Sehr viele Arbeitgeber haben somit ein Verschulden auf sich, welches zweifellos strafrechtlich geahndet werden muß oder geahndet werden müßte. Ähnlich steht es mit den übrigen, durch Arbeitgeber verschuldeten Unfällen, die durch mangelhafte Betriebseinrichtungen oder fehlende oder ungenügende Anweisung der Arbeiter hervorgerufen worden sind. Auch hier handelt es sich um grobe Fahrlässigkeit, die, sobald sie Unfälle hervorruft, als ein Verschulden zu betrachten ist, welches mit der durch das Unfallversicherungs-gesetz dem Arbeitgeber auferlegten Geldbuße keineswegs genügend geahnt wird.

Allerdings ist auch die Zahl derjenigen Unfälle eine sehr große, welche dem Verschulden der verunglückten Arbeiter selbst zur Last gelegt wird. Sie beträgt sicher noch erheblich mehr, als die von den Unternehmern verschuldeten Unfälle, nämlich insgesamt 4094. Bei den Arbeitern stellt sich jedoch, wenn man unparteiisch urteilen will, die Sache wesentlich anders, als bei den Arbeitgebern. Wie oben schon bemerkt, können viel weniger Unfälle dem Verschulden älterer und erfahrener Arbeiter zugeschrieben werden, trotzdem für die höheren Altersklassen die Betriebsgefahr eine größere zu sein pflegt, als für jüngere Arbeiter. Die mangelnde Erfahrung also, das ist ein Uebelstand, welcher im Allgemeinen jedenfalls nicht in den Kreis des persönlichen Verschuldens der Arbeiter selbst fällt, muß in vielen Fällen als Unfallursache angesehen werden. Ferner aber ist für eine Fahrlässigkeit, wenn sie nicht eine ganz gräßliche genannt werden muß, sicherlich der Unfall selbst schon Strafe genug.

Eine erhebliche Anzahl der dem Verschulden des Arbeiters zugeschriebenen Unfälle ist aber auch außerdem

nach Ursachen aufs Konto zu schreiben, welche eben so wenig in den Bereich der Fahrlässigkeit oder des Leichtsinns der Arbeiter fallen, wie der bei den jugendlichen Arbeiter gewiß entschuldbarer Mangel an Einsicht und an der nötigen Vertrautheit mit den Gefahren des betreffenden Betriebes.

Von 7032 am Vormittag eingetretenen entschädigten Unfällen entfielen 435 auf die Zeit von 6—7 Uhr, 794 von 7—8, 815 von 8—9, 1069 von 9—10, 1598 von 10 bis 11 und 1590 von 11—12; hier herrscht also eine anfangs langsam, dann schnell fortschreitende Steigerung, die in den beiden letzten Stunden ihren Höhepunkt erreicht. Am Nachmittag folgen sich die Stunden von 12—4 Uhr mit 857, 745, 1037, 1243 Unfällen in ununterbrochener Steigerung. In der Stunde von 4—5, in der die Besperpause liegt, geht die Zahl auf 1178 zurück, steigt aber von 5—6 Uhr wieder auf 1308. Es ist also augenscheinlich, daß die Zahl der Unfälle mit der allmählig eintretenden Ermüdung und Abspannung der Arbeiter außerordentlich zunimmt, daß die Industrie mithin den eingebildeten Vorteil längerer Arbeitszeit durch erhöhte Unfallkosten erkaufen muß. Was die Unfallhäufigkeit an den verschiedenen Tagen anlangt, so liegen im einzelnen die Verhältnisse natürlich sehr verschieden, doch liegen fast allgemein der Montag Vormittag wegen der Nachwirkung des Sonntags und der Sonnabend Nachmittag wegen der hochgradigen Ermüdung des Arbeiters und seiner Hast, früh fortgehen zu können, eine erhöhte Unfallgefahr, der durch besondere Sorgfalt und strengste Beobachtung der Sicherheitsvorschriften entgegengewirkt werden mußte.

Alles in allem genommen leuchtet aus dieser ersten zuverlässigen Unfallstatistik die unbestreitbare Tatsache hervor, daß ein sehr großer Teil aller Unfälle auch schon bei dem heutigen Stande der Technik vermieden werden kann. Und es geht ferner daraus hervor, daß der größte Teil der Verschuldung der Unfälle die Arbeitgeber trifft, sowie endlich, daß eine erhebliche Verminderung der täglichen Arbeitszeit auch in Bezug auf die Unfallgefahr und die durch Unfallversicherung bedingten finanziellen und unproduktiven Aufwendungen von höchster Wichtigkeit ist.

Es zeigt sich auch hier, daß die Arbeiterbestrebungen durchaus berechtigt und vernünftig und der Unterstützung jedes einsichtigen Menschen — auch wenn er selbst nicht Handarbeiter ist — wert sind.

### Märztage.

H. M. Die Arbeiter Oesterreichs haben in diesem Jahre das Andenken an die Märzgefallenen durch Taten und nicht durch Worte gefeiert. Sie sind in die Wahlbewegung eingetreten — sie, die Rechtlosen, und jede Stimme, die für den Kandidaten der Arbeiter, für die Partei der Sozialdemokraten in die Urne gemorfen wurde, war ein flammender Protest gegen diejenigen, welche die Prinzipien von 1848 verleugnet und verraten haben. Wer kann und wird es leugnen, daß ein großer Teil der Forderungen, welche heute die Sozialdemokratie aufstellt, schon vor

33 Jahren in dem Programme der damals revolutionären Bourgeoisie stand; und wer wird nicht auch bekennen, daß die heute regierende Bourgeoisie diese Forderungen — und zu ihnen gehören das allgemeine Wahlrecht, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die freie Schule — schände im Stich gelassen hat?

Mit Schamröte auf der Stirne und die Augen zu Boden geschlagen, sollte sich das Bürgertum dem Grabe der Märzgefallenen nähern; nur das Proletariat hat das Recht, mit Begeisterung jene Männer zu feiern, die damals ihr Leben für die Freiheit ließen.

Die Geschichte der Wiener Revolution liefert uns in ihren verschiedenartigen Ereignissen die besten Charakterisierungen des Proletariats und der Bourgeoisie der damaligen Zeit. Das Bürgertum wagte keinen entschlossenen Schritt ohne die Hilfe der Arbeiter. Wir sehen das arbeitende Volk am 18. März in die Stadt eilen, um die Pressefreiheit und das Konstitutionsversprechen zu erzwingen; wir sehen es am 15. Mai in Sturmkolonnen aufmarschieren, um den konstituierenden Reichsrat mit einer Kammer und das allgemeine Wahlrecht zu erringen; wir sehen es am 26. Mai Hunderte von Barrikaden erbauen, um die Studentenlegion vor der Auflösung zu schützen. Mit einiger Nührung erinnern sich die Militärs namentlich jenes letzten Tages. Sie haben längst vergessen, daß den Arbeitern damals und jetzt noch die Freiheit heilig war; was ihnen jedoch unvergänglich bleibt, ist jenes „Heilig ist das Eigentum“, das die tapferen Blousenmänner auf die Gemälsertüren hinschrieben. Wie wenig die Bourgeoisie selbst diesem Grundsatz huldigte, das zeigt der 22. August. Den im Staatsdienste stehenden Erarbeitern wurde der Tagelohn plötzlich von 20 Kreuzer auf 15 Kreuzer herabgesetzt. Das erregte Unzufriedenheit, die sich dadurch Luft machte, daß die Arbeiter Popanzeden sie den Namen des „demokratischen“ Arbeitsministers Schwarzler beilegte, im festlichen Zuge herumtrugen.

Da eilten die bewaffneten Bürger der Nationalgarde, nachdem sie sich erst wolweislich durch Polizeimannschaft verstärkt hatten, herbei und fielen — mutig über die Wehrlosen her. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Mehr als hundert Arbeiter blieben teils tot, teils verwundet auf dem Platze. Die Garde schoß und hieb nach den Fliehenden. Selbst Kinder und Weiber wurden zu Boden geworfen. — Dessenungeachtet sehen wir die Arbeiter am 13. September, als Minister Latour den Staatsstreik vollziehen wollte, mit mutiger Hand das streiche Werk vereiteln und in den stürmischen Oktobertagen war es wieder das Proletariat, das den Reichsrat schützte, die Stadt verteidigte und die Ehre des österreichischen Volkes rettete.

Wo es gegen Windischgrätz und Jellachich zu kämpfen galt, wo die freiwilligen Erunzenschaften mit den Waffen in der Hand zu verteidigen waren, wo die höchsten Interessen auf dem Spiele standen, dort hat sich der Mut der Arbeiter von 1848

stets bewährt. Was aber die Bourgeoisie getan und unterlassen hat, das hat Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in einigen trefflichen Artikeln gesagt.

Es sei auch den Männern von heute, den Wählern der Exner und Diehtenstein, der Schneider und Scharf ins Stammbuch geschrieben. Sie sind der Väter wert.

Die Söhne jener Männer, welche Windischgrätz zum Ehrenbürger ernannten, welche an Jellachich, dessen Kroaten Tausende Wehrloser niedergemetzelt hatten, ein Schreiben richteten, in dem ihm die „innigste Bewunderung“ des Wiener Gemeinderates als „tiefgefühlte Pflicht“ zur Kenntnis gebracht wurde, die Nachkommen der freiwilligen Spigel und Raberer von 1848, jener Glenden, welche die Häuser Wiens illuminierten, als der Kremfierer Reichsrat, nachdem er den Adel in Oesterreich als abgeschafft erklärt hatte, aufgelöst wurde, jene erbärmlichen Epigonen stasische g'stanter Väter, sie verdienen keine anderen Abgeordneten als Diehtenstein und Konsorten.

Hören wir nun, was Karl Marx über das Wiener Groß-Bürgertum unmittelbar nach dem Falle von Wien in einem Artikel schrieb, der seit jener Zeit noch nicht wieder veröffentlicht wurde, der aber heute noch ebenso zeitgemäß ist, wie damals.

„Verrat jeder Art hat Wien's Fall vorbereitet. Die ganze Geschichte des Reichstags und des Gemeinderates seit dem 6. Oktober ist nichts als eine fortgesetzte Geschichte des Verrats. Wer war repräsentiert im Reichstag und Gemeinderat?“

Die Bourgeoisie. Ein Teil der Nationalgarde ergriff gleich am Beginn der Oktober-Revolution offen Partei für die Karmarilla und am Schluß der Oktober-Revolution finden wir wieder einen Teil der Nationalgarde im Kampfe mit dem Proletariat und der akademischen Legion, im geheimen Einverständnis mit der Soldateska. Wem gehören diese Fraktionen der Nationalgarde an?

Der Bourgeoisie. Wer lief in Schaaren aus Wien fort und überließ der Grobmut des Volkes die Ueberwachung der hinterlassenen Reichtümer, um es für seine Wachdienslie während der Flucht zu verlästern und bei der Wiederkehr sehr niedermeln zu sehen?

Die Bourgeoisie. Wessen innerste Geheimnisse sprach der Thermometer aus, der bei jedem Lebensathem des Wiener Volkes fiel, bei jedem Tobestöckeln desselben flieg? Wer sprach in der Kunensprache der Börsenkurse?

Die Bourgeoisie. Die deutsche Nationalversammlung und ihre Zentralgewalt hat Wien verraten. Wer repräsentiert sie?

Die Bourgeoisie. In den Februar- und Märztagen scheiterte überall die bewaffnete Macht. Warum? Weil sie nichts als die Regierungen selbst vertrat. Nach den Junitagen hat sie überall gesiegt, weil die Bourgeoisie sich überall im geheimen Einverständnis mit ihr befand, während

### Unsonst geopfert.

Erzählung von Robert Schweißel. VI.

3.

Räthe Leiderer nähete an ihren Aussteuerhernden. Die Weinwand dazu stammte noch aus der Blütezeit der Weberei. Ihr Vater hatte sie damals in seinen Feiertagen gewebt und ihr zu ihrer Konfirmation geschenkt. Die Hochzeit sollte im Frühjahr stattfinden: denn die Gegenwart war gar zu trübe, um an die Gründung eines eigenen Hausstandes zu gehen, und auch Kraft hoffte, daß die dahin die schwerste Zeit überstanden sein würde. Er kam jeden Abend, sobald in der Fabrik die Feierabendglocke gekläutet hatte, nach Seifrieden herauf, mochte das Wetter auch noch so schlecht sein, und mit ihm zogen Glück und Mut in das Häuschen ein. Räthens Gedanken begleiteten ihn jeden Abend herauf, von dem Augenblicke an, wo er aus dem Tore der Fabrik schritt, bis sie seinen Fußtritt wirklich in dem Flur vernahm; sie spielten auf dem ganzen Wege um ihn, wie ein Hündchen um den Wanderer, bis er dann in die Stube trat und sie sich mit glücklich leuchtenden Augen in seine Arme warf. Seine Liebe war nicht wortreich; sie war still und hart, und Räthe wußte es und fühlte sich von ihr gehalten, gehalten und getragen in dieser schweren Zeit. Schon der Anblick seiner kräftigen Gestalt, die so naher in sich selbst erschien, seiner breiten Stirne unter dem blonden Haar, die allen Stürmen zu trotzen ge-

not. Auch der Vater richtete sich aus seiner Gebrochenheit ein wenig auf, so lange Kraft da war. Auch der Mut wirkte ansteckend, wie man es von der Feigheit behauptet, und Kraft's ruhiges und verständiges Wesen ließ dann auch Leiderer seine Lage in minder trübem Lichte erscheinen. Freilich ließ es Fritz Kraft nicht dabei bewenden, den Alten mit Worten zu trösten und durch sein Gespräch zu zerstreuen: er nötigte ihm unter dem Vorwande eines Darlehns heimlich manche kleine Summe auf. Zuweilen brachte er ein gutes Buch mit und las, sich selber unterrichtend, Räthe und dem Vater vor. Hermann war selten an den Abenden zugegen. Er war etwa 2 Jahre älter als seine Schwester, deren er in seinem Äußeren ähnelte. Früher war der hübsche, schlank Bursche etwas eitel gewesen; jetzt vernachlässigte er sein Äußeres. Er war nervös, unruhig, verwünschte die Weberei und trieb sich unter dem Vorwande, irgend eine andere Beschäftigung zu suchen, viel umher. An Zeit dazu gebrach es ja leider nicht.

Inzwischen war es schreckliche Gewißheit geworden, daß die Seuche, welche Jahres zuvor in Dürpreußen und Pommern die Kartoffelernten vernichtet, jetzt auch über Schlesien sich verbreitet hatte. Die Kartoffel war die letzte Hoffnung der beschäftigungslosen Spinner und Weber, wie aller Armen gewesen. Unter allen Entbehrungen hatten sie sich den Trost zugerufen: Laßt nur erst die Kartoffeln reif sein! Nun war es, als ob das letzte Inkertau gelagert wäre, welches ein Schiff bisher davon bewahrt hatte, vor dem Sturme gegen die Felsen geistlernd und zerschmettert zu werden

Brot kaufen; wie sollten sie die teuren Preise für die Kartoffeln erschwingen? Der Selbstregren prasselte auf die Dächer und gegen die Fenster; die Stürme heulten durch die Täler und Schluchten; die Wasserläufe stockten und gerannen im Frost und aus bleigrauen Wolken wirbelte der Schnee. Die Leute gingen in dünnen Sommeranzügen umher. Ihre wärmeren Kleidungsstücke hatten sie längst verfehlt oder verkauft, um den Hunger zu stillen, und diesem Moloch ward nach und nach Alles überantwortet, was irgend entbehrlich war, und dann selbst Dasjenige, was nicht entbehrlich war. Ein Glück war noch der Holzreichtum des Gebirges und die Forstbeamten gingen den Bergweissen aus dem Wege. So konnten sie sich wenigstens wärmen, während der Hunger in ihren Eingeweiden bohrte. Ihn zu betrügen, wo er nicht zu stillen war, mußte Alles dienen: alte Tierknochen, die zerstampft und in Wasser gekocht wurden, Wurzeln, selbst das Lederwerk alter Schuhe, faule Kartoffeln, und Brot aus Moos, Baumrinde und ein wenig Kleie galt als ein Lackerbissen. Da ging der Typhus um und der Tod leerte die Häuser.

War es ein Wunder, wenn Sorge, Angst und Verzweiflung derjenigen, deren Kraft die Not und Entbehrung noch nicht gebrochen und zerrieben hatte, in Erbitterung und gährende Mut sich verkehrten? In dieser Stimmung ließ Mancher, der ihm sonst achselzuckend den Rücken gewendet haben würde, den Ginstflüsterungen Wurms Gehör. Dieser Phantasi hatte so viel über Revolutionen und Verschwörungen gelesen,

die offene Meinung der Bewegung in ihrer Hand hat und alle jene halben Maßregeln ins Werk setzt, deren naturgemäße Frucht der Abortus ist.

In Frankreich aber tritt die Bourgeoisie an die Spitze der Kontre-Revolution, nachdem sie jede Schranke, die der Herrschaft ihrer eigenen Clique im Wege stand, niedergeworfen hatte. In Deutschland (und Oesterreich) befindet sie sich gedrückt im Gefolge der absoluten Monarchie und des Feudalismus, ehe sie auch nur die ersten Lebensbedingungen ihrer eigenen bürgerlichen Freiheit und Herrschaft sichergestellt hat. In Frankreich tritt sie als Despot auf und macht die Kontre-Revolution ihrer eigenen Despoten. In Frankreich siegt sie, um das Volk zu demütigen; in Deutschland demütigt sie sich, damit das Volk nicht siege. Die ganze Geschichte, so schließt die österreichische Arbeiterzeitung ihre Märzbeurteilungen in dem angeführten Zitate von Karl Marx, zeigt keine schmachvollere Erbärmlichkeit als die der deutschen und österreichischen Bourgeoisie."

### Aufruf an alle Marmor- und Granitarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.

Kollegen allerorts! In der Erkenntnis unserer Lage fühlen wir uns genötigt, eine Organisation aller in oben benannter Branche beschäftigten Arbeiter in's Leben zu rufen. Kollegen! Ueberall regt sich unter den Arbeitern und Handwerkern das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Trieb, sich zu organisieren. In der richtigen Erkenntnis, daß der Einzelne wirtschaftlich schwach, in der Gesamtheit aber stark ist, ruht die Grundlage des Strebens nach Verbesserung unserer Lage. Eine freiere und bessere Lebensstellung muß unsere Parole sein. Darum Kollegen, aufgewacht! In einer betriffs dieser Angelegenheit stattgehabten öffentlichen Versammlung der Marmorarbeiter Hamburgs wurde beschlossen, einen Zentralverein zu gründen und wurde eine Kommission gewählt, welche die hierzu nötigen Schritte einzuleiten hat. Wir ersuchen Euch daher, da, wo Ihr gewillt seid, Euch anzuschließen, dem Unterzeichneten hiervon baldmöglichst Kenntnis zu geben.

Säumt nicht länger, tretet unverzüglich dem Verbande bei, damit auch wir durch Solidarität und Einigkeit zu einer Macht gelangen, die uns in den Staub setzt, den immer fühlbarer werdenden Unterdrückungen des Kapitals ein Halt zuzurufen. Tretet der nichtsagenden Redensart, die heute so oft angewendet wird, „Es nützt ja doch nichts“ energisch entgegen. Wenn nur Jeder von Euch, der die Notwendigkeit der gewerblichen Vereinigung erkannt hat, derselben beiträgt, manhaft für Weiterverbreitung derselben Sorge trägt, so werden auch wir im Stande sein, uns menschenwürdiger Zustände, bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erringen. Auch wir wollen dem Rufe folgen:

„Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!“  
Mit kollegialischem Gruß und Handschlag  
Die Kommission.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Deutschland.

Der „Geist der Empörung“ vor dem Strafrichter. Wir teilten gestern die von der Magdeburger Strafkammer wegen Abdruck des Heine'schen „Weberliedes“ vorgenommene Verurteilung des Redakteurs der „Magdeburger Volksstimme“, Köster, zu sechs Monaten Gefängnis mit. Ein Bericht der „Frankf. Ztg.“ wirft seltsame Schlaglichter auf diesen in der Strafsjustiz geradezu unerhörten Fall:

Bekanntlich hatte die Staatsanwaltschaft in der Veröffentlichung besagten Gedichtes Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung erblickt. Das für die Strafbarkeit der letzteren notwendige „öffentliche Aergernis“ wurde bei der öffentlichen Verhandlung bezeichnender Weise durch Zeugenaussagen des Staatsanwalts Kessel, Vorsitzenden des antisemitischen, christlich-sozialen Arbeitervereins, sowie des Referendars Wohlfahrt festgestellt. Aus dem Plaidoyer des Staatsanwalts ist besonders hervorzuheben, daß er die Gesinnung Heines „jüdisch-international“ nannte, wenn auch nicht bestritten werden könnte, daß Heine ein „gottbegnadeter“ Dichter gewesen sei. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt H. Heine aus Berlin. Er zweifelte zunächst in Betreff der Gotteslästerung an, ob das „öffentliche Aergernis“ auch berechtigt sei; die Leser, für welche die „Volksstimme“ bestimmt sei, hätten sicherlich kein Aergernis an dem Abdruck genommen, und schließlich gäbe es überhaupt keine Ansicht und keine Ueberzeugung, an deren Aeußerung nicht irgend wer Aergernis nehmen könnte. In Bezug auf die Majestätsbeleidigung, die durch das Heine'sche Lied begangen worden sein soll, sei zu bemerken, daß das Gedicht lediglich die Stimmung jener elenden und gedrückten Weber widerspiegeln solle, die sich in den vierziger Jahren in den bekannten Hungerrevolten Luft machte. Da das Gedicht in jener Zeit entstanden sei, so fehle jeder Anhaltspunkt, daß die Person des herrschenden Regenten beleidigt sei oder beleidigt werden sollte. Der Redakteur, der gewohnheitsmäßig an die Spitze der „Volksstimme“ ein Gedicht — darunter auch recht sentimentale — gebracht habe, wolle seinen Lesern eben nur eines der besten Zeitgedichte Heines bringen. Demgegenüber führt das Urteil des Gerichtshofes aus: Das Gedicht an und für sich sei zwar als reines Kunstprodukt zu betrachten; aber nicht um künstlerisch zu wirken, habe der Angeklagte das Gedicht zum Abdruck gebracht, sondern um aufzureizen und zu beleidigen. Die Absicht sei unverkennbar. Demnach liege auch ein beschimpfendes Lästern Gottes vor. In Bezug auf die Majestätsbeleidigung sei zu berücksichtigen gewesen, daß in einem Blatte mit antimonarchischer Tendenz

durch den Abdruck des Gedichtes eine Verletzung des monarchischen Gefühles, eine Beleidigung des Königtums beabsichtigt sei. Sei nun auch die Person des herrschenden Monarchen nicht unmittelbar beleidigt worden, so werde er doch mittelbar durch die Beleidigung des Königtums mitverletzt, weil er der vornehmste Vertreter des monarchischen Prinzips sei, weil er als Träger des Königtums durch jede Beleidigung dieses persönlich selbst beleidigt werden müsse. Demzufolge sei auch der Tatbestand der Majestätsbeleidigung als vorliegend erachtet worden."

Die Schießscharten an den neuen Portalstufen des königlichen Schlosses in Berlin. Mancher, den sein Weg über die Schloßfreiheit oder den Lustgarten führt, bleibt jetzt vor den neuen Toren stehen, die das Schloß an der Nord- und Westseite bekommen hat. Gar gewaltig sehen die stark gepanzerten Eisentüren aus, die dabei aber mit ihrem oberen Gitter- und reichen Schmuckwerk einen gefälligen Eindruck machen. In Brusthöhe sind die schweren Eisenplatten durch eine Reihe länglich-ovaler Öffnungen durchbrochen, die nach innen mittels eines Schiebers verschließbar sind. „Wo- zu das?“ fragen die Umstehenden und zerbrechen sich den Kopf über diese eigentümlichen Öffnungen. „Det? det sind Schießscharten für's Modell 91!“ klärt ein freundlicher Schlossermeister die Wissbegierigen auf und schmitzelt an den ovalen Öffnungen weiter. „Schießscharten! — Ja, aber wozu denn?“

Das Buch von Kurt Abel über die geradzu haarsträubenden Vorkommnisse beim Trainbataillon in Strassburg hat der Militärverwaltung schon manches Kopfweh bereitet. Aber der Kommandeur war ja irrsinnig und im Uebrigen „werden ja alle Mißhandlungen bestraft!“ — Damit ist die Sache nach dem Erachten der Militärverwaltung abgetan, wer mehr verlangt, predigt „Aufruhr“, und Herr von Kardorff giebt auch sein Fett dazu und erklärt, so viel er wisse, gingen alle Rekruten mit Lust und Liebe zum Militär.

Wir wissen nicht, wo der Landrat des Kreises Dels seine Erfahrungen gesammelt hat, aber wir kennen nicht nur Teile von Schlesien, sondern auch noch verschiedene andere Teile des deutschen Landes und wissen ganz genau, daß es überall nicht gerade viel Rekruten vom Schlage des Herrn von Kardorff giebt. Wir haben sogar wiederholt gelesen, daß ein guter Teil unserer jungen Leute auswandert, nur um den „Segen“ der „Ferienkolonien“ nicht zu genießen und wenn andere mit wirklicher Liebe in des Königs Rock schlüpfen, so werden sie alsbald ganz gewaltig enttäuscht und der Meist ist, daß sie die Tage bis zur Entlassung mit wachsender Erregung zählen und endlich froh sind, wenn sie den Rock wieder ausgezogen haben. Das ist der tatsächliche Zustand, und es ist recht begreiflich, wenn man von der Art der Behandlung der Leute einen Begriff hat.

Wer das aber rügt, wie Herr Kurt Abel, der wird bestraft, und wer das im Reichstage vorbringt, wie unser Genosse August Bebel, der predigt „Aufruhr“, und wer das gar in öffentlicher Gerichtsverhandlung behandelt wissen will, wie z. B. ganz Bayern, sogar

ermüdet, feste und änderte er an seiner Proklamation und verteilte Abschriften davon. Versammlungen im Girsgraben veranstaltete er nicht mehr, denn es war dort nicht mehr geheuer. Verzweifelte Menschen, Bilderer und Eindreicher sollten dort ihren Schlupfwinkel haben.

Schäfers „Tisico“ hatte Wurm auf eine neue, geniale Idee gebracht. Er sann auf ein Bild, das nach dem Vorgange des kühnen und ehrgeizigen Genußes den Menschen ihre Knechtseligkeit und die Freiheit vorführte. Ein solches Bild mußte, öffentlich ausgestellt, von ungeheurer Wirkung sein. Die Schwierigkeit war freilich, zu einem solchen Bilde zu gelangen. Wurm richtete seine Gedanken auf Herrn Schmidt, den selbst der Winter nicht vermocht hatte, seine Landschafts-Studien aufzugeben. Er schreute sich jedoch, sich direkt an den Maler zu machen, obgleich derselbe von der größten Leutseligkeit gegen Jedermann war und mit Allen seinen Spaß trieb. Auch hatte er in einer Geschichte des Bauernkrieges gelesen, welche große Vorsicht und welche Umschweife die Leute damals angewendet hätten, um sich ihre Bundesfähnen malen zu lassen. Der Maler wohnte zu Rehburg in dem Hause eines Riemermeisters Friedmann, der zwei Söhne hatte, und Wurm machte sich an den älteren Friedmann, der in dem Hause stand, ein etwas lockerer Geist zu sein. Diesen belustigte das geheimnisvolle Wesen des Tischlers und da auch der Maler, der oft in die Werkstatt kam und mit den jungen Leuten plauderte, einen Scherz liebte, so erzählte er diesem eines Tags von den wunderlichen Andeutungen, die Wurm gegen ihn gemacht hätte. Herr Schmidt brach immer wieder

in ein schallendes Gelächter aus. Dann nahm er die Haltung eines Schauspielers an und sang aus der „Stimmen von Portici“:

„Ihr Fischer habt Acht,  
Dem Meertyrannen gilt die kühne Jagd.“  
Er fand den Spaß zu köstlich, um ihn nicht ganz auszulassen, und beredete den jungen Gesellen, scheinbar auf Wurms Absichten einzugehen. Dagegen hatte dieser denn doch seine Bedenken, da Wurm ihm bereits zu verstehen gegeben, daß er ihm einen Eid leisten müßte, wenn er ihm ein Mehr vertrauen sollte. Mit einem Eide sei am Ende doch nicht zu spielen. Herr Schmidt beruhigte ihn. Es handle sich ja gar nicht um einen wirklichen Eid; einen solchen könnte man nur vor dem Richter oder dem Geistlichen ablegen. Der Eid, den Wurm fordere, gehöre mit zur Postle und sei gewiß deren belustigendste Szene. „Sie sollen sehen“, fuhr er fort. „Wurm läßt sie auf Dolch und Totenkopf schwören und Sie werden Mühe haben, dabei ernst zu bleiben. Es wäre von Ihnen unverantwortlich, wenn Sie uns den Spaß entgehen lassen wollten.“  
(Fortsetzung folgt.)

Die geheimnisvolle Wahrsagerin von Wien. Oesterreichische Blätter erzählen folgende schaurige Schurre: Auf der Wallerbaasel, wo jetzt die letzten Spuren der altersgrauen hohen Häuser verschwinden, wohnt zu Anfang dieses Jahrhunderts in einem der düstern Gebäude eine geheimnisvolle Dame, Demoiselle Lorette, eine Frau von großer Schönheit, mit langem blonden Haar und stets schwarz gekleidet. Man wußte nicht, woher sie kam, hier in Wien lebte sie als Wahrsagerin, und Tausende von Ratsbedürftigen empfing sie in ihren künstlich ausgestatteten Wohnräumen, darunter die vornehmsten Persönlichkeiten Wiens. Ihre Wahrsagungen waren „zuverlässig“, und da sie auch eine offene

Hand für alle Notleidenden hatte, wurde nur das Beste von ihr gesprochen. Nur ein Mann schüttelte stets den Kopf, wenn von der schönen Demoiselle Lorette erzählt wurde: der Polizeirat Freiherr v. Strachwitz. Das Hauptloisamt vor Wien befand sich damals auf dem Steigensplatz; eines schönen Tages wurde oberhalb der Tür des Hauses eine Tafel mit drei goldenen Rösschen aufgestellt, das Zeichen, daß ein besonders hoher „Quinterno“ gemacht sei. In der Tat, ein Treffer von über 50 000 fl. und die glückliche Gewinnerin war — Demoiselle Lorette. Die Dame wurde dadurch für das Wiener Publikum noch interessanter, Polizeirat Strachwitz schüttelte aber noch heftiger den Kopf. — Von jetzt ab unerschütterlich er Tag und Nacht das Haus auf der Wallerbaasel. In einer kalten regnerischen Winternacht stand der Beobachter wieder an einer Ecke des Hauses auf der Leiter, als plötzlich ein altes, kleines Mäuschen, in einen spanischen Mantel dicht verwickelt, an ihm vorbeigehend kam und in dem Gebäude verschwand. Strachwitz hatte ihn trotz der Vermummung sogleich erkannt; es war der — Lottodirektor Manetti. Dem Polizeirat pochte das Herz; rasch entschlossen öffnete er ebenfalls das Tor des Hauses, in dem es still und tot war, wie wenn Alles schlief, und schritt mit unhörbaren Schritten zu der Wohnung der Wahrsagerin hinauf. Die Tür war nur angelehnt, durch die Fuge fiel Licht in den Gang und Strachwitz hörte ganz deutlich die Stimme Lorettes: „Ich habe 8, 40, 50, 82, 1 gesetzt. Der Einzige ist 250 Gulden.“ — „So viel?“ rief Manetti, worauf die Wahrsagerin entgegnete: „Ja wol, denn ich muß die Kasse sprengen. Schreiben Sie sich die Zahlen auf und stecken Sie in die betreffenden Papiertügelchen-Röhren, damit der Wallenknaube keinen Fehltriff tut. Behntausend Gulden gehören Ihnen, dann wollen wir rasten.“ Strachwitz hatte genug gehört. Er eilte schnell die Treppe hinab, um die Wache zu holen, allein in seiner Aufregung mußte er Geräusch verurteilen haben, denn die Tür oben öffnete sich und Demoiselle Lorette wurde sichtbar. Als sie den Polizeirat erblickte, stieß sie einen furchtbaren Schrei aus und verschwand; einige Minuten später erschien Strachwitz wieder mit der Wache, allem als er das Zimmer betrat, fand er zwei Leichen: Demoiselle Lorette und ihr Bedienter, der Lottodirektor Manetti, hatten sich vergiftet.

Herr von Marquardsen ist dafür (!), dem predigt Herr von Szmula, ein rabiatere ultramontaner Junker aus der Wasserpolakai, daß Bayern sein Verfahren gern wieder los werden möchte, wenn das nur so ginge.

Nun der Fraktionsgenosse des Herrn von Szmula, Herr Orterer, hat den Mann sofort eines Besseren belehrt. Aber kann der ganze Geist dieser Herren überhaupt besser charakterisiert werden, als dadurch, daß sie verlangen, man solle die Öffentlichkeit der militärischen Strafrechtspflege, da, wo sie noch vorhanden ist, abschaffen, um die Mißhandlungen zu verhüten? Ihnen genügt die Beschwerde, sie wissen sehr wohl warum, denn die Beschwerde ist so ausgezeichnet geordnet, daß schon besondere Comode dazu gehört, von diesem nach Herrn von Szmula und nach Herrn von Kaltenborn so probaten Mittel Gebrauch zu machen.

Es ist derselbe Geist, der hier in den Ferienkolonien und dort in den „Musterwerkstätten“ — denn Staatsanstalten sollen doch Musterwerkstätten sein, der Kaiser hat's ja selbst gesagt — herrscht. Wer sozialdemokratische Gesinnung beständig, wird schnurstracks entlassen. Auch das findet der Centrumsmann Herr von Schalscha „sehr richtig“ und der Admiral Hollmann ist derselben Meinung, und was ist es im Grunde? Nichts als die Fortsetzung des Sozialistengesetzes über die Zeit seines Endes hinaus. Das Privatleben und Privatmeinen des Arbeiters geht den Arbeitgeber Staat gar nichts an. Unserer Meinung nach hat überhaupt kein Arbeitgeber darnach zu fragen. Thut er's, kann man ihn nicht hindern. Aber von dem Arbeitgeber Staat sollte jede Meinung die ihr zukommende Achtung beanspruchen können, und es beweist geradezu einen sittlichen Defekt, wenn der Staatsorganismus dem Einzelnen um seiner Meinung willen die Möglichkeit entzieht, sein Brod zu verdienen.

Im Grunde ist, sagt die „Fr. L. Br.“, das auch nichts Anderes, als ein Stück Verwirklichung der Idee, sämtliche Sozialdemokraten zu verbannen.

**Ein Pfaster auf die Wunde.** Die „Berliner Post. Nachr.“ schreiben: „In der Sitzung des Ausschusses vom Zentralverbande deutscher Industrieller (alles in der Wolle gefärbte Nationalliberale. Red. des „Echo“) am 20. März 1890 wurde bekannt, daß an dem Rücktritt des damaligen Reichskanzlers Fürsten von Bismarck nicht mehr zu zweifeln sei. In dankbarer Erinnerung an das, was der Fürst für das Vaterland und besonders für die gewerbliche Tätigkeit der Nation gethan, wurde damals beschlossen, seitens des Zentralverbandes eine Adresse an denselben zu richten und ihn um Annahme eines Ehrengeschenkes zu bitten. Das letztere in einem von Baurat Heyden in Berlin entworfenen und unter dessen Leitung von D. Vollgold u. Sohn in Berlin ausgeführten Tafelsilber bestehend, ist der Vollendung nahe und wird noch vor dem nächsten Geburtstage des Fürsten nach Friedrichsruh übergeführt werden. Die formelle Uebergabe durch eine Deputation des Zentralverbandes wird später erfolgen.“

Das giebt ein Stück mehr für das „Bismarck-Museum“, welches der verrostete Kanzler 'mal hinterlassen wird und für das der nationalliberale Servilismus schon so manchen Beitrag geleistet hat.

**Eine That der Verzweiflung** beging in Hamm (Westfalen) die Frau eines Fabrikarbeiters. Sie sprang in die Turpe, doch wurde sie von drei in der Nähe beschäftigten Arbeitern herausgezogen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Frau ihr vierjähriges Kind an sich gebunden hatte, um es mit zu ertränken. Das Kind wurde in das Wasserhaus gebracht, die Mutter aber in psychischen Gewahrsam genommen. Nahrungssorgen sollen das Motiv zur That gewesen sein.

**Europäisches Sklavereleben.** Das Arnstädter „Nachrichten- und Intelligenzblatt“ schreibt: „Vor einiger Zeit verstarb in einem Dorfe des Thüringer Waldes ein Ehepaar unter Hinterlassung von vier hübschen, kräftigen Knaben. Da die Gemeinde der lästigen Erhaltungspflicht der Waisen erheben sein wollte, so wurde beschlossen, die Kinder einer in Erfurt weilenden Aikastlergelehrten abzutreten. Das bezügliche Abkommen mit der Direction des Künstlerinstituts waren bereits getroffen, als sich die Verwandten der Knaben ins Mittel legten, die die Kinder unter sich verteilten und so dem unwürdigen Schacher ein Ende machten. — Welche Gemeinde des Thüringer Waldes mag wol diesen unwürdigen Schacher versucht haben?“

**Trier.** Die Zipselmützen von Borg. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“ unter dem 8. d. M.: Im Kreis Saarbürg liegt ein Dörfchen Borg, dessen Bewohner auch alle ein wenig aus Taraseon sind. Die Bürgerschaft Borgs befindet sich nun gegenwärtig in der furchtlichsten Aufregung. Und mit Recht! Im „Saarburger Kreisblatt“ wird nämlich schon zum zweitenmale verhandelt das Uren vom 1. April nächst-

hin ab das Weitertragen von Zipselmützen mit Quasten verboten werden soll. Und der Grund für diese drakonische Maßregel? Natürlich liegt er wieder in der abscheulichen Politik, welche inner- und außerhalb Borgs schon so viel Unheil gestiftet hat. In Borg stehen sich die Liberalen und die Clerikalen auf das denkbar schroffste gegenüber. Um nun ihrer Parteistellung auch äußerlich ein Zeichen zu geben, sind die Borgger — „Borgger“ ist hier natürlich nicht von „borgern“ abzuleiten — auf einen genialen Einfall gekommen: Die Liberalen tragen die Quaste ihrer Zipselmütze auf der linken Seite, die Clerikalen auf der rechten Seite. Leider sollte dieser geniale Einfall recht schlimme Früchte zeitigen. Wenn sich irgendwo Linkszipflige und Rechtszipflige trafen, so gerieten sie einander unverzüglich in die Haare. Dabei soll es sogar vorgekommen sein, daß ein Linkszipfliger zwei Beulen und ein Rechtszipfliger ein verstauchtes Handgelenk davon getragen hat. Obwohl wir nun fest überzeugt sind, daß es zu so fürchterlichen Szenen nicht gekommen ist, kann man unter den obwaltenden Umständen den kalten Wasserstrahl, welchen das „Saarburger Kreisblatt“ zweimal schon nach Borg richtete, nur angebracht finden. Leider hat er seine Wirkung gänzlich verfehlt. Die Parteien in Borg haben beschlossen, gegen den Einfall ihrer Zipselmützen gemeinsame Sache zu machen und sich das Recht, die Zipselmützenquasten nach Belieben zu tragen, unter keinen Umständen verkümmern zu lassen. Wer das heiße Blut der Borgger kennt, wird mit uns auf das Schlimmste gefaßt sein.

## Ausland.

### England.

Am letzten Donnerstag hat der Londoner Trades Council in einer Sitzung, an der gegen 130 Delegirte teilnahmen, mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit folgende Resolution beschlossen:

„Der Londoner Trades Council wirkt Hand in Hand mit dem Komitee für die Achtstundengesetz-Demonstration für die Veranstaltung einer Aftendemonstration am 3. Mai zu Gunsten des gesetzlichen Achtstunden- (Arbeits-) Tages.“

Nicht nur die Annahme dieser Resolution, die von den Delegirten der Londoner Mitglieder des großen Gewerkevereins der Metallarbeiter beantragt worden war, sondern überhaupt die ganze Behandlung des Gegenstandes im Trades Council ist für den neuen Geist, der in diese Körperschaft eingezogen, bezeichnend. Vor einem Jahr lehnte der Trades Council mit Mehrheit ab, sich mit der Achtstunden-Liga überhaupt in Verbindung zu setzen, er weigerte sich sogar, eine Kommission derselben zu empfangen, weil Frau Abeling, die derselben angehörte, keine Arbeiterin sei. Diesmal wurde die Kommission empfangen, obwol ihr Sprecher, Dr. Edw. Abeling, jedenfalls viel weniger Arbeiter im Sinne der Gewerkevereins-Praxis ist, als seine Frau. Ferner war im Vorjahre Niemand mehr tätig gewesen, den Anschluß an die Achtstundengesetz-Demonstration zu hintertreiben, als Drummond, der Sekretär des Vereins der Londoner Schriftsetzer. Diesmal tat Herr Drummond nichts dergleichen, sondern hielt eine Rede zu Gunsten der Resolution. Er stehe zwar persönlich noch auf demselben Standpunkt wie im vorigen Jahre, meinte er, aber seine Gewerkschaft, die er vertritt, sei für ein Achtstundengesetz, und er fühle sich verpflichtet, der Ansicht seiner Mandatgeber Ausdruck zu verleihen. Die Zeit sei gekommen, wo Diejenigen, die nicht in der Lage seien, für den gesetzlichen Achtstundentag einzutreten, mit sich zu Rake gehen sollten, ob „es noch klug und richtig von ihnen sei, demselben zu opponieren.“ Mit anderen Worten: der Strom ist unter meinen Mandatgebern so stark, daß es hoffnungslos ist, noch länger gegen ihn zu schwimmen.

So sprechen alle Vorzeichen dafür, daß wir in diesem Jahr eine Demonstration im Hyde Park haben werden, so gewaltig wie nie zuvor und zugleich von einem und demselben gemeinsamen Gedanken befeuert. Je großartiger sie ausfällt, um so mehr größer die Aussichten, daß schließlich doch der erste Mai hier der „Festtag der Arbeit“ werden wird. Der Erfolg im vorigen Jahre war eine allgemeine Ueberraschung, in diesem Jahre muß es sich zeigen, ob wir es nicht mit einem einmaligen Strohfeuer zu tun gehabt.

**Ueber das Einkommen der Königin von England** macht die „Liverpool Daily Post“ einige interessante Mitteilungen. Ihre Majestät bezieht darnach aus dem sogenannten konsolidirten Fonds jährlich 385000 Pfund Sterling. Privatim besitzt die Königin außerdem 37272 Acres Land, welche ihr eine jährliche Rente von 20733 Pfund Sterling abwerfen. Das Gut

Claremont, welches sie auf den Nat Lord Salisbury's vor einigen Jahren für die Summe von 78000 Pfund Sterling ankaufte, hat jetzt einen Wert von 150000 Pfund Sterling. Außerdem besitzt die Königin Grundbesitz in Koburg und die Villa Hohenlohe in Baden-Baden. Was das persönliche Vermögen der Königin ferner angeht, so vermachte ihr Sir James Camden Raild im Jahre 1852 eine Viertelmillion Pfund Sterling und das vom Prinz-Gemahl Albert hinterlassene Vermögen wird auf 600000 Pfund Sterling geschätzt.

Besonders merkwürdig und wol beachtenswert sind die derartigen Zahlen bezüglich des so viel bellagten armen und gefangenen Papstes. Die Jahresrechnung dieses Armen enthielt im Jahre 1888 folgende Angaben:

Es gingen ein vom Peterspfennig 750000 Lire, (1 Lire = 75—80 Pfg.) Zinsen auswärtiger Kapitalien 250000, Almosen und andere Quellen 50000, Jubiläums-Einnahmen 200000, zusammen Einnahmen 12½ Millionen. Die Ausgaben sind folgende: Almosen für die Armen Roms, Italiens und des Auslandes je 100,000 Lire, Subsidien in Rom 50000, in Italien 80000, für die Kirche im Allgemeinen 150000, für arme Priester 150000 für die Propaganda 500000 für den diplomatischen Dienst 500000, für die Missionen 1000000, päpstliche Verwaltung 1000000, Unterhaltung der apostolischen Paläste 500000, öffentliche Bauten und Denkmale 250000, Besoldung der Kardinalen 2000000, Unterhaltung der Seminarien 1250000, verschiedene Ausgaben 2250600. Die Gesamt-Ausgaben beliefen sich auf 11230000 Lire, es bleibt somit ein Baarüberschuß von über 1¼ Million übrig. In der vorstehenden Aufstellung sind aber die Einnahmen nicht einmal in ihrer vollen Höhe angegeben. Erstens sind die Zinsen aus den von Pius IX. angesammelten Kapitalien größer und dann sind die riesigen Einnahmen von Indulgenzen, Präkonisation u. dgl. gar nicht aufgeführt. Rechnung hat der Pontifex Maximus ebensowenig zu legen, wie irgend ein anderer Bischof. Der Hofstaat des Vatikans besteht aus folgenden Personen: 20 Kammerdienern, 120 Hausprälaten, 170 Geheimkammern, 6 Kammerer, 200 Extra-Chrenkammerern, 130 überzähligen Kammerern, 30 Offizieren der Nobelgarde und 60 Gardisten, 14 Offizieren der Schweizer- und Palastgarde, 7 auswärtigen Ehrenkaplänen, 20 Geheim-schreibern, 10 Intendanten und St.-Umeistern, 60 Türstehern u. s. w. Im Ganzen gehören zum Hofstaat 1160 Personen. Bedenkt man nun auch, daß der Vatikan, in welchem der Papst wohnt, der größte und herrlichste Palast der Welt mit 1500 Gemächern und einem prachtvollen riesenhaften Garten ist; erinnert man sich ferner der Jubiläumsgeschenke, die eine ganze Kunstausstellung bildeten, so wird man wol zugeben, daß das bekannte Lied auch heute noch Recht hat, welches sagt: „Der Papst lebt herrlich in der Welt“ — oder doch zum Mindesten, daß er herrlich leben kann, wenn er will. —

### Oesterreich-Ungarn.

Auch die landwirtschaftlichen Proletarier Oesterreichs beginnen sich endlich zu regen. Als erfreuliches Symptom des erwachenden Solidaritätsgefühls bezeichnet die „Budapester Arbeiterpresse“ das Vorgehen der Feldarbeiter von Esorväs. Die Grundbesitzer vergeben in verschiedener Weise die Arbeiten, so daß z. B. beim Aukuruz (Mais) vom Ertrage der bebauten Fläche ein Drittel den Arbeitern als Lohn zufällt; außerdem fordern sie jedoch anderweitige Arbeitsleistungen unentgeltlich, ferner Abgaben an Geflügel etc., als ob wir noch mitten im feudalistischen System stecken würden. Gegen diese Extra-Ausbeutung machen nun die Esorväser Feldarbeiter Front und haben beschlossen, die Arbeit auf den Maisfeldern nur unter der Bedingung zu übernehmen, wenn die Grundbesitzer auf die bisher üblichen unentgeltlichen Arbeitsleistungen und auf die verschiedenen Abgaben verzichten. Die Gutsbesitzer mündeten sich darauf hin an die Bauern in Drosháza, doch auch diese verweigerten die Annahme der Arbeit.

Bravo! So muß es auf der ganzen Linie vorwärts gehen.

In der Drischka Banfalva im Oesterreich Komitat fand am 28. d. Mts. die konstituierende General-Versammlung eines Vereines landwirtschaftlicher Arbeiter statt; der junge Verein zählt bereits 220 Mitglieder.

So drängt sich endlich auch den Proletariern des Ackerbaues die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände auf und veranlaßt sie zum einmütigen Zusammenstehen und zur Vereinigung. Der „Aufwiegler“ Zeitgeist ist es, welcher rastlos an allen Ecken und Enden „wühlt“ und bis in den letzten Winkel dringen wird.

**Rußland.**

**Petersburg.** Den „Statistischen Materialien zur Geschichte der Verschickung nach Sibirien“ von J. Jabringew entnimmt der „Petersburger Herald“ folgende Daten: Von 1807 bis 1881 sind im Ganzen 642 000 Menschen in die Verbannung gegangen, unter ihnen über 100 000, welche die Verbannung freiwillig begleiteten. In den fünf Jahren 1807—11 wurden 10 175 verschickt. 1857—61 36 831, 1877—89 86 336. In den 13 Jahren 1867—79 waren 51.8 Prozent der 210 000 Verschickten auf administrativem Wege verbannt worden; von den übrigen 48.2 Prozent waren 12.3 Prozent zu Zwangsarbeit verurteilt, 20.1 Prozent zur Internierung in sibirischen Ortschaften, 2.4 Prozent auf Lebenszeit verbannt, endlich 13 Prozent zur zwangsweisen Kolonisation verurteilt. 15.1 Prozent der von 1823—79 Verschickten waren Frauen. Die Zahl Derer, die freiwillig ihre Verwandten begleiteten, hat absolut und relativ zugenommen; sie betragen im Dezennium 1823—34 4 Prozent, unter diesen überwiegen Frauen. Die Reiseroute der Verbannten geht von Moskau über Nishnij, Kasan, Perm, Jekaterinburg nach Tjumen, Tomsk, Atschinsk und Irkutsk. Im Etappengefängnis zu Tjumen erkrankten 1869—75 10.3 Prozent der Arrestanten, von denen ein Fünftel starb. Aehnlich ist es in Tomsk. 1880 und 1881 erkrankten auf dem Wege von Moskau nach Atschinsk (Gouvernement Jenisei) 69.6, beziehungsweise 68.2 Prozent aller Verbannten und die Sterblichkeit betrug 7.2, beziehungsweise 8.5 Prozent. Die Mehrzahl der Verbannten bleibt in Westsibirien (1870—81: 113 375), die kleinere Hälfte kommt in das weit größere Ostsibirien (1870 bis 1881: 88 818).

**Stellen.**

**Aus Nizza** wird geschrieben: Der Kammerdiener des Herzogs de Rivoli erschöpfte Sonntag Nachmittags die Kammerzofe der Herzogin, eine junge, bildschöne Engländerin, Sophie Miller, wegen verschämter Liebe und entlebte sich dann selbst. Der Kammerdiener war verheiratet und Vater dreier Kinder.

**Amerika.**

In Yuma, Arizona (Nordamerika), hat die Ueberschwemmung furchtbare Verheerungen angerichtet. 250 Häuser, der ganze Geschäftsteil des Städtchens, stehen unter Wasser. 1400 Personen sind obdachlos und lagern jetzt auf den umliegenden Bergen. Oberhalb der Stadt ist der Fluß sieben englische Meilen weit über seine Ufer getreten und unterhalb Yumas bildet die Ebene einen 45 Meilen breiten See. Das Gila-Tal ist völlig verödet. Die Wasser haben Häuser und Vieh fortgeführt und eine große Anzahl Menschen sollen in den Fluten umgekommen sein. Das Colorado-Tal steht unter Wasser, dabei drohen noch immer Regengüsse.

**Massenhinrichtung.** San Francisco. Der heute aus China hier eingetroffene Dampfer „City of Peking“ bringt die Nachricht mit, daß in der Provinz Kwantung in den letzten Tagen des alten französischen Jahres 300 chinesische Piraten und Räuber hingerichtet worden sind.

**Ein eigenartiges Begräbnis.** Aus New-York wird vom 3. d. berichtet: Hauptmann Kinschler und fünf Deutsche, welche zum Staaten-Inland-Schützenkorps gehören, führten gestern den letzten Willen ihres verstorbenen Kameraden Heinrich Meyer aus, welcher verlangt hatte, man solle seinen Körper verbrennen und die Asche dann von der Freiheitsstatue herab in die Winde verstreuen. Nach Vollendung dieser Zeremonie tranken die Testamentvollstrecker vier Flaschen Champagner auf das Wol der Seele ihres verstorbenen Freundes. Heinrich Meyer war Besitzer des „Buff Hotel“ in Port Richmond, Staaten-Inland.

**New-York.** Sarah Bernhardt, die berühmte bürre Schauspielerin, hat die Verhaftung des mit Hinterlassung von 21 Millionen flüchtig gewordenen Bankiers Bernau-Macé, der in Paris eine „Volksbank“ à la Spitze begründet hatte, veranlaßt — das ist das Neueste aus Amerika. Ein Kabellegramm der französischen Ausgabe des „New-York Herald“ berichtet darüber folgendes: „Sarah Bernhardt, die gegenwärtig in New-York auftritt, hatte einen großen Teil ihrer Ersparnisse bei Bernau-Macé hinterlegt. Als sie am 18. Februar die Kleopatra in den Sarduschen Stücke gleichen Namens spielte, bemerkte sie während des vierten Aktes den Gauner Macé, den sie persönlich sehr wolkannte. Unwillkürlich fuhr sie zusammen, aber sie machte an sich halten, um die Vorstellung nicht zu hören oder ganz unmöglich zu machen. Als jedoch der Vorhang fiel, trat Sarah in lebhafter Bewegung zu ihren Kollegen und erzählte ihnen, daß sie den von der französischen Polizei verfolgten Bankier gesehen habe. Sofort wurden die im Theater anwesenden Polizeibeamten davon in Kenntnis gesetzt und Bernau wurde verhaftet.“

**Parlamentsbericht.**

**Abgeordnetenhause.**  
61. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abg. Sac (kons.) und Genossen, betreffend die im Jahre 1891.92 vor Feststellung des Staatshaushalts-Etats zu leistenden Ausgaben.

Der einzige Paragraph dieses Antrages ermächtigt die Regierung unter Vorbehalt der verfassungsmäßigen Feststellung des Etats pro 1891.92 die im Etat pro 1890.91 unter den dauernden Ausgaben vorgesehene Staatsausgaben bis zum 1. Juli 1891 in den Grenzen der bei den einzelnen Kapiteln und Titeln für das Jahr 1890.91 bewilligten Summen aus den Staatseinnahmen fortzusetzen zu lassen.

Abg. Sac (k.) rechtfertigt diesen Antrag, dem der Wunsch zu Grunde liege, aus dem verfassungswidrigen Zustande herauszukommen, der durch die nicht rechtzeitige Feststellung des Etats pro 1891.92 herbeigeführt wird. Der Antragsteller erkant an, daß der Etat von der Regierung rechtzeitig vorgelegt sei und daß das Haus den Etat auch rechtzeitig hätte kritisch stellen können, wenn es nicht durch die großen reformatischen Aufgaben daran gehindert worden wäre. Das von ihm vorgeschlagene Gesetz sei ein Nothgesetz und sei auch nur formaler Natur. Seine Partei sei zwar nicht der Ansicht, daß ein solches notwendig sei, und er würde sich dem unterordnen, wenn er die Verfassung als einen Vertrag ansehen könnte. Er halte die Verfassung für eine Urkunde und habe sich deshalb verpflichtet gehalten, den Antrag einzubringen.

Finanzminister Dr. Miquel: Wir sind wol Alle darüber einig, daß die Verfassung, soweit es tunlich ist, auch dem Wortlaute nach beobachtet wird. Der Antrag Sac erhebt den Zweck nicht in dem Maße, wie die Regierung es vorschlägt, daß alle diejenigen Ausgaben, welche nach dem demnächst festzustellenden Etat zu leisten sind, geleistet und hinterher genehmigt werden. Der Etat kann bis zum 1. April nicht verabschiedet werden, es trifft aber weder den Landtag noch die Regierung irgend eine Schuld daran. Der Antrag Sac ermächtigt nun die Regierung, die dauernden Ausgaben des Etats 1890.91 fortzusetzen; eine Reihe dauernder Ausgaben will aber die Regierung gar nicht weiter machen. Die Regierung erhält also hier eine Ermächtigung zu Ausgaben, die sie nicht mehr machen will. Dagegen sind im Etat 1891.92 eine Reihe neuer Ausgaben beantragt. Diese zu leisten, würde die Regierung nicht ermächtigt sein, sie kann dieselbe also nur auf ihre Verantwortlichkeit hin machen. Die vorher erwähnte Vorlage der Regierung entspricht dem Geiste der Verfassung; durch dieselbe ist die Verfassungsfrage gedeckt, soweit sie überhaupt gedeckt werden kann und empfindlich deshalb die Ablehnung des Antrages und die Annahme der heute dem Hause vorgelegenen Regierungsvorlage.

Abg. Dzerm (natl.) beantragt nach diesen Ausführungen des Ministers, über den Antrag Sac die Tagesordnung abzugeben. Die Regierungsvorlage sei zweckmäßiger und genüge den Anforderungen der Verfassung.

Abg. Rickert (kons.) spricht dem Antragsteller Sac seine Anerkennung dafür aus, daß er es versucht habe, in dem eingebrachten Antrage die verfassungsmäßigen Bedenken zu beleuchten. Weshalb sollte der Antrag nicht annehmbar sein? Die Bedenken des Ministers hinsichtlich der außeretamäßigen und der neuen Ausgaben bleiben bestehen, ganz gleich, ob der Antrag Sac angenommen wird oder nicht. Dagegen bleibt der Antrag dem Minister Deckung in Bezug auf den Hauptteil der dauernden Ausgaben und er würde es lebhaft bedauern, wenn das Haus den Antrag nicht annehmen würde. Die Sache habe praktisch keine große Bedenken, formell dagegen sei sie nicht so bedeutungslos, weil der Antrag erfüllen erfüllen wolle, was die Verfassung verlange. Selten extraordinäre Ausgaben notwendig, so werde es leicht sein, sich darüber in der Budget-Kommission zu verständigen.

Abg. v. Zedlitz-Neuhof (nk.) ist dem Abg. Sac ebenfalls dafür dankbar, daß er die Verfassungsfrage hier zur Diskussion gebracht habe, aber damit sei nicht gesagt, daß er für den Antrag stimmen werde. Der Vergleich mit den früheren Nothgesetzen passe nicht, denn damals lag ein Statutenwurf überhaupt noch nicht vor; heute aber wisse man, daß der jetzige Etat erheblich von dem vorjährigen abweiche. Das Haus würde sich also einer Unwahrheit schuldig machen, wenn es mit offenen Augen solche Scheinmaßnahmen treffen wolle. Er bitte deshalb, den Antrag Sac abzulehnen.

Abg. Cremer (wildkonf.) ist der Ansicht, daß das Haus die Pflicht gehabt hätte, zuerst den Etat festzustellen, ehe es an die Beratung der Reformvorlage ging. Mit dem Gesetz und der Landgemeindeordnung werde man doch nicht fertig werden. Er glaube indessen, daß es geraten sei, nach den hier statt gewählten Erörterungen, den Antrag Sac zurückzugeben und später der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und Abg. Sac zieht seinen Antrag zurück, da derselbe keine Aussicht habe, vom Hause angenommen zu werden.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zu dem Gesetz, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften für das Gebiet der Wupper und ihrer Nebenflüsse.

Die Vorlage wird nach einiger Diskussion, in welcher Abg. Graf-Eberfeld (natl.) auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Anlage von Sammelbetten entstehen könnten, angenommen.

Abg. Schulz-Lupitz (fr.) beantragt hierzu die Annahme folgender Resolution: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage der Monarchie baldigt einen Gesetzesentwurf vorzulegen bezugs Ergründung des Waldschutzes vom 6. Juli 1875 in der Richtung, daß in der Quellgebieten der Flüsse und Bäche der Wald mehr als bisher erhalten, bezw. eine zielbewusste Neubewaldung bewirkt werde zum Zwecke, den Abfluß der Regenwässer zu verlangsamen und eine vermehrte Nutzung des Wassers für die Landeskultur und die Industrie herbeizuführen.“

Abg. Schulz-Lupitz bittet diese Resolution der Agrarkommission zur Vorberatung zuzuwenden und Abg. Gerlich (fr.) unterstützt diesen Antrag, weil seiner Ansicht nach eine völlige Umgestaltung des Waldschutzes notwendig sein dürfte.

Die Ueberweisung an die Agrarkommission erfolgt. Der Gesetzentwurf, betr. den Rechtszustand vom Herzog-

tum Sachsen-Weiningen an Preußen abgetretener Gebiete, wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung behandelt der Gesetzentwurf, betr. eine Erweiterung des Staatsschuldbuchs.

Die Ausgabe von dreiprozentigen Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsanleihe hat mehrfach zu Anträgen auf Eintragung solcher Schuldverschreibungen in das Staatsschuldbuch Veranlassung gegeben. Diesen Anträgen hat bisher nicht entsprochen werden können, weil das Gesetz nur die Eintragung von 4- und 8 1/2 prozentigen Konfols zuläßt. Die Vorlage hat den Zweck, die Festimmung des Gesetzes auf die Schuldverschreibungen konsolidierter Anleihen generell auszudehnen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion in erster und zweiter Beratung angenommen.

Nächste Sitzung: Kleinere Vorlagen und Etat.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 20. März 1891.

Die Protestversammlung der Opposition des Breslauer Konsumvereins begann am Donnerstag abends gegen 8 1/2 Uhr unter zahlreicher Beteiligung der Vereinsmitglieder im großen Saale des Konzerthauses. Das Bureau bildeten die Herren Bergmann, Schöndube und Haase. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Besprechung unserer letzten Generalversammlung, Stellungnahme zu derselben und Beantragung einer außerordentlichen neuen Generalversammlung. Dazu erhielt das Wort Herr Regierungshauptkassenbuchhalter Senftleben. Der Zweck der heutigen Versammlung sei Besprechung der letzten Generalversammlung des Konsumvereins und Beschlußfassung über den Antrag auf Einberufung einer neuen außerordentlichen Generalversammlung. Es müßte dafür gesorgt werden, daß in dieser außerordentlichen Generalversammlung die vielen Beamten und Bediensteten des Konsumvereins nicht mehr vorhanden wären, um die Beschlüsse zu Gunsten der Direktion und Verwaltung zu beeinflussen. Die Opposition, von der der Protest gegen die Generalversammlung und deren Beschlüsse ausgegangen sei, setze sich aus allen Klassen der Bevölkerung zusammen und kümmerge sich um keine politische Tendenzen; sie habe keinen anderen Zweck als Ordnung in die Vereinsangelegenheiten hineinzubringen. Es sei von vielen behauptet worden, die oppositionelle Bewegung im Konsumverein müsse demselben zum Schaden gereichen, die Tage des Konsumvereins seien gezählt; das dürfe und werde aber nicht der Fall sein. Im Gegenteil: der Protest habe den Zweck, eine Gesundung des Vereins herbeizuführen. Der Direktion und dem Verwaltungsrate müsse klar gemacht werden, daß sie selbst nichts weiter seien als Beamte und nicht Herren des Vereins. Durch die Art, wie die Direktion die Generalversammlung geleitet, habe sie sich selbst ihr Urteil gesprochen. In bezug auf die in der letzten Generalversammlung statgefundenen Wahlen sei ein Moment als zur genüge bezeichnet hervorzuheben; es seien nämlich nach polizeilicher Zählung über 2000 Personen im Saale gewesen; trotzdem aber waren bei der Abstimmung nur 1500 Zettel abgegeben worden. Da nun doch jeder das dringendste Interesse gehabt habe mitzustimmen, so sei schon hiermit festgestellt, daß es mit diesen Wahlen seine Richtigkeit nicht gehabt haben könnte. Außerdem aber können die Beschlüsse dieser Versammlung auch deswegen keine Gültigkeit beanspruchen, weil mehreren Tausenden von Mitgliedern, die den lebhaftesten Wunsch hatten sich zu beteiligen, kein Einlaß in den Saal gestattet wurde, während die Lagerhalter und die übrigen Bediensteten des Vereins vertreten und durch ihre Stellung selbstverständlich veranlaßt waren, für den Vorstand zu stimmen. Die Hauptsache sei für die Opposition, fest zusammen halten; und wenn es heute nicht möglich sei, für eine Generalversammlung die nötige Anzahl von Stimmen zusammenzubringen, so müßten Listen vorgelegt werden zur Unterzeichnung; dann würde es ein leichtes sein, die Verwalter des Konsumvereins zum Anberaumen der außerordentlichen Generalversammlung zu zwingen.

In der Diskussion nahm zunächst der Eisenbahnbetriebssekretär Herr Steuer das Wort. Es sei heute ein ganz anderer Geist, begann er, in der Versammlung, als in der letzten. Als er sich damals zum Wort gemeldet habe, sei er mit den Worten empfangen worden: Sie müssen sich kurz fassen. Diesmal sei von einer solchen Beschränkung nicht die Rede. Die Opposition sei heute fest entschlossen, rein sachlich und nicht persönlich die vorliegenden Angelegenheiten zu erörtern. Die Weise, in welcher die Leiter der vorigen Versammlung persönliche Angelegenheiten in die Debatte geworfen hätten, habe einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Er habe selbst mit Leuten gesprochen, welche in jene Versammlung gekommen seien, um für die Verwaltung des Vereins zu stimmen. Nachdem sie aber das Gebahren der Leitung wahrgenommen, wären

Es sei auch gar nicht am Plage gewesen, von den Mitgliedern verächtlich zu sprechen, welche nur 50 Pf. Einlage aufzuweisen hatten; er gehöre auch dazu; seine Frau hätte von dem den Mitgliedern zustehenden Rechte am Jahreschluss sich auszahlen zu lassen, Gebrauch gemacht; deswegen habe doch ein Vorstandsmittglied, wie der Herr Stadtverordnete Köhly, nicht das Recht, zu sagen, daß solche Mitglieder nichts wert seien. Wenn er damit meinen sollte, daß moralische Mängel bei solchen Mitgliedern vorliegen, so verbiete er von recht vielen derartigen Mitgliedern zur gerichtlichen Verantwortlichkeit gezogen zu werden. Ihm, dem Redner, seien diejenigen Mitglieder, welche nur 50 Pf. Guthaben aufzuweisen hätten und die Waaren, welche sie bedürfen, im Verein einkaufen, mehr wert als diejenigen, welche 500 Mark Guthaben besäßen und nichts dem Verein abkaufen. Wenn der Vorstand sage, die Eigentumsverhältnisse des Vereins seien in befriedigender Weise geordnet, so sei doch zu fragen, wie die 375 000 Mk., mit denen das Eigentum zu Buche stehe, sicher gestellt seien; darauf erhalte man nur die Antwort: daß das geschehen sei gemäß der Beschlüsse des früheren Verwaltungsrates. Dieser aber habe sich sehr wenig um die Sache gekümmert; jedenfalls stehe es fest, daß die Sicherstellung eine solche sei, wie sie dem Vorstand selbst passe. Aus der ganzen Geschichte des Konsumvereins gehe hervor, daß der Verein 25 Jahre geschlafen habe; und deswegen brauche sich die Verwaltung nichts darauf zu gute zu tun, daß während der 25 Jahre nichts gegen sie eingewendet sei. Zum Schluß seiner Ausführungen wünscht der Redner, daß eine Revisions-Kommission eingesetzt werde, welche die ganze Geschäfts-Verwaltung des Vereins einer genaueren Untersuchung unterziehen müsse. Diefen Ausführungen schlossen sich die Herren Eisenbahnsekretär Britsch, Magistratssekretär Scholz und Restaurateur Walther und Tischlermeister Köppen an. Im Schlußwort machte Herr Senftleben darauf aufmerksam, daß sich der Konsumverein seine Eigentumsrechte sichern müsse und da habe er ein Beispiel an dem kleinen Spar- und Konsumvereine, den der Vorstand aus ihm habe hervorgehen lassen, um ihm das Eigentumsrecht an dem Besitze des Konsumvereins zu übertragen. Dieser habe sich dadurch sicher gestellt, daß er eine eingetragene Genossenschaft geworden sei. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, bei welchem es sich um die Aufstellung der nächsten Tagesordnung handelte, nahm zunächst Herr Techniker Haase das Wort, der in einer längeren Ausführung nachwies, daß bei dem kolossalsten Umfange des Vereins eine einsichtige Verwaltung zweifellos sehr viel mehr Gewinn heraus schlagen könne als das bis jetzt geschehen. Es fehle sehr vieles bei der Art, wie jetzt die Verwaltung geleitet werde. Es sei insbesondere auch die Kontrolle der Lagerhalter eine ganz unzureichende; das beweise ganz deutlich die jetzt vorgekommene Veruntreuung. Es wurde nun folgender Probst einstimmig angenommen. —

**Protest.**

An die Direktion des Breslauer Konsum-Vereins.  
Wir Unterzeichnete, sämtlich Mitglieder des Breslauer Konsum-Vereins, protestieren hiermit unter Berufung auf § 20a unseres Statuts gegen sämtliche in der Generalversammlung am 24. Februar vorgenommene Wahlen und beantragen gemäß § 3 Absatz b des Statuts die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung binnen 14 Tagen vom Tage der Zustellung an gerechnet, mit folgender

**Tagesordnung:**

- 1) Der unerledigte Antrag Weidemann und Genossen auf Ausschluß sämtlicher Angestellten des Vereins und der Stimmberechtigung in der General-Versammlung und Wahl einer Statuten-Revisions-Kommission von 15 Mitgliedern aus der Versammlung mit unbeschränkter Vollmacht zur Revision der gesamten Geschäftsführung.
- 2) Ungültigkeitserklärung aller am 24. Februar cr. in der Generalversammlung vorgenommenen Wahlen und Vornahme von Neuwahlen.
- 3) Sofortige Abänderung des § 7 des Statuts, dahin, daß in Zukunft sämtliche Mitglieder des Vereins ihr Wahlrecht ausüben können.

Bei der jernerer Debatte beteiligten sich die Herren Schreiber, Bergmann, Britsch, Scholz, Köppen, Steuer. Es wurde vom Vorlesenden vorgeschlagen, daß bei den künftigen Generalversammlungen dadurch eine ordnungsmäßige Abstimmung aller Mitglieder, die sich beteiligen wollten, ermöglicht würde, daß entweder Bezirks-Versammlungen, etwa 4, in Breslau stattfinden, wo der Vorstand überall Bericht zu erstatten hätte; oder daß Delegierte gewählt würden, welche die eigentlich beschließende General-Versammlung zu bilden hätten. Zum

Schluß wurde über einen Antrag des Herrn Haase abgestimmt, der aus zwei Teilen bestand. Der erste Teil, wonach eine 14gliedrige Kommission gewählt werden sollte, mit der Aufgabe, künftighin die Interessen der Mitglieder zu vertreten, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Teil, welcher die sofortige Inanspruchnahme der Hilfe des Staates verlangte, wenn die Direktion sich dem Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung und der Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse in der letzten Generalversammlung widersetzt, wurde unter dem Hinweis, daß man erst alle Mittel der Selbsthilfe erschöpft haben müsse, ehe man den Staat zu Hilfe rufe, abgelehnt. — In die Kommission werden darauf gewählt die Herren: Steuer, Senftleben, Haase, Bergmann, Köppen, Scholz, Schumachermeister Walter, Restaurateur Walther, Büchner, Klausink, Kattoli, Schönbube, Britsch, Matthias, Marschelle. Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, mit welcher Ruhe und Ordnung die heutigen Verhandlungen geführt worden seien, daß die Kommission am Sonnabend im Restaurant von Paschke, Taschenstraße, zusammenzutreten und schon nächsten Dienstag bei Paul Scholz, Margarethenstraße, die nächste öffentliche Versammlung abgehalten werden würde, wurde um 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

**Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.** (Sitzung vom 19. März.) In der heutigen wieder ungewöhnlich langen Sitzung wurden die Voranschläge für 1891/92 für folgende Verwaltungen nach den Anträgen des Staatsausschusses vorläufig festgesetzt und zwar für die beiden evangelischen Mädchenmittelschulen, für die Gemeinde-Begräbnisplätze, die Kanalbauwerke, die Gaswerke, die Wasserwerke, das Feuerlöschwesen, die Straßenbeleuchtung, den Marshall, die Willert'sche Stiftung in Herrnpotisch, die Hospital-Stiftsgüter, das Forstrevier Peiskerwitz-Herrnpotisch, die Kieselgüter, den Bauhof und die Bauten. Die Magistratsvorlage betreffend eine mit der Regierung vereinbarte Fürsorgeordnung für die Wittwen und Waisen von Lehrern und Beamten der königlichen Abteilung der Oberrealschule nebst Fachschule wurde nach langwieriger Besprechung, ohne Berücksichtigung der vom Ausschusse hierzu gestellten Anträge, an den Ausschuss zurückverwiesen. Die vom Magistrat beantragte Vergebung der Lieferung der zwölf Lichtträger für die auf dem Ringe anzubringenden elektrischen Bogenslampen an die Tanagerhütte wurde genehmigt. Einen sehr langen Zeitraum nahm die Beratung der Magistratsvorlage über die im laufenden und im nächsten Jahre auszuführenden Pflasterungen in Anspruch. Die Ausschubanträge hierzu wurden schließlich sämtlich angenommen. In der Besprechung wurde erwähnt, daß an maß ebender Stelle die Absicht bestehe, die durchgehenden großen Straßenzüge unserer Stadt mit Stampfasphaltpflaster zu versehen, da sich dasselbe auf der Gartenstraße bisher bewährt habe. Ferner wurde erwähnt, daß der Staatsauschuss geglaubt habe, den aus der sogenannten letzten Quene im kommenden Rechnungsjahre zu erwartenden Beitrag um 210 000 Mk. höher veranschlagen zu sollen, als der Magistrat in seinem Entwurfe des Stadthaushalteplanes für 1891/92 getan hat. Von diesem Mehrbetrage sollen 110 000 Mark zur Verwendung für Pflasterungen, 100 000 Mk. zur Verwendung für Schulhausbauten beantragt werden. Montag, den 23. d. M., findet eine außerordentliche Sitzung der Versammlung statt. Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

**Wahlen in städtische Ehrenämter.** In nächster Zeit sind in unbesetzte städtische Ehrenämter zu wählen: 2 Kuratoren für das Gymnasium zu St. Maria-Magdalena; 2 Kuratoren für das Realgymnasium am Zwinger; 2 Kuratoren für die Augusta-Schule; 2 Vorsteher für das Kindererziehungs-Institut zum Ehrenfort; 2 Vorsteher für das Hospital zu St. Trinitas; 1 Vorsteher-Stellvertreter für den 61. Stadtbezirk; 1 Vorsteher für den 39/40/41. Stadtbezirk; 1 Vorsteher für den Stadtbezirk 43A; 1 Vorsteher und 1 Vorsteher-Stellvertreter für den 128. Stadtbezirk.

**Das Musterungsgeschäft im Stadtkreise Breslau** findet in der Zeit vom 23. März bis incl. 14. Mai 1891 mit Ausschluß der Sonn- und Festtage im Bohler'schen Lokal "Santouri", Mühlgasse Nr. 11, statt. Zur Bestellung sind verpflichtet alle Militärpflichtigen, welche in diesem Jahre zur Rekrutierungs-Stammrolle sich anmelden hatten, und zwar: 1) diejenigen, welche in den Jahren 1869, 1870 und 1871 geboren sind; 2) diejenigen, welche älteren Jahrgängen angehören, bis jetzt aber weder ihrer Militärpflicht genügt, noch endgültig ausgemustert, d. h. von einer Ober-Ersatz-Kommission als dauernd untauglich zum Militärdienst anerkannt oder dem Landsturm ersten Aufgebots resp. der Ersatzreserve überwiesen worden sind. Die hier

bezeichneten Militärpflichtigen haben daher den Vorladungen, welche denselben zugehen werden, Folge zu leisten. Bestellungspflichtige, welche seit der Anmeldung zur Stammrolle ihre Wohnung gewechselt, diesen Wohnungswechsel aber nicht angezeigt sind, und diejenigen, welche sich nachträglich zur Stammrolle angemeldet und Vorladungen nicht erhalten haben sich vor Beginn des Musterungsgeschäfts in dem Militär-Bureau des Polizeipräsidenten, Schubbrücke Nr. 49, zwei Stiegen, Zimmer Nr. 82 zu melden und die Vorladung in Empfang zu nehmen. Diejenigen Militärpflichtigen, welche sich im Besitz des Berechtigungscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden und pro 1891 zurückgestellt worden, sind von der Musterung pro 1891 entbunden. — Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung von der Musterung resp. vom Militärdienst (Reklamationen) müssen entweder vor dem Musterungsgeschäft oder spätestens im Musterungstermin angebracht werden. Später eingehende Anträge können nicht Berücksichtigung finden; es sei denn, daß die Umstände, welche die Reklamation begründen, erst nach jener Zeit eingetreten sind. Wenn die Eltern der Reklamirten hier wohnhaft sind, so haben dieselben an den Bestimmungstagen der Musterung im Musterungskolozal sich zu befinden. Jeder Militärpflichtige darf sich im Musterungstermin freiwillig zum Dienst-eintritt melden. Wer nicht pünktlich zur Musterung erscheint oder ganz ausbleibt, wird mit Geldstrafe bis 30 Mk. oder mit Haft bis zu drei Tagen belegt. Wer sich böswillig der Bestellung entzieht, wird als unsicherer Dienstpflichtiger behandelt. Er kann außerterminlich gemustert und sofort zu Dienst eingest. werden.

**Zur Zurückstellung von Reservisten und Landwehrlieuten.** Die verstärkte Ersatz-Kommission zur Entscheidung über Gesuche um zeitweise Zurückstellung bei notwendigen Verstärkungen oder Mobilmachungen bzw. bei Bildung von Ersatz-Truppenteilen wird am 9. Mai d. J. ihre nächste Sitzung halten. Die im hiesigen Stadtkreise wohnenden Mannschaften der Reserve, Marine-Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatz-Reserven und Marine-Ersatz-Reserven, welche begründeten Anspruch auf Zurückstellung geltend machen zu können glauben, haben ihre Gesuche nach dem vorgeschriebenen Schema, welches in dem magistratualischen Militär-Bureau (Bureau VIII.), Schubbrücke 74a I. (auch Hintermarkt Nr. 2), unentgeltlich verabfolgt wird, anzufertigen und spätestens bis zum 25. April d. J. bei dem Magistrat einzureichen. Ebenso werden die auf Zurückstellung Anspruch machenden und hier sich aufhaltenden ausgebildeten Landsturmpflichtigen des 2. Aufgebots aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer bisherigen Militärverhältnisse in der angegebenen Zeit bei dem bezeichneten Bureau einzureichen. Die bereits früher zurückgestellten Mannschaften haben im Falle des Bedürfnisses ihre Anträge auf weitere Zurückstellung zu erneuern. Etwaige nach dem 25. April 1891 eingehenden Gesuche können nicht berücksichtigt werden. Die Namen der zurückgestellten Mannschaften werden nach Abhaltung des Termins durch das hiesige Fremdenblatt bekannt gemacht, besondere Bescheide auf die Gesuche aber nicht erteilt werden.

**Rechte des Lehrherrn und dessen Stellvertretern.** Das Züchtigungsrecht über einen Lehrling steht nur dem Lehrherrn selbst, nicht aber den Werkmeistern und Vertretern des Lehrherrn zu, denen der Lehrling zu seiner Fachausbildung überwiesen ist. Diese Lehre erteilte das Berliner Schöffengericht zwei Köchen, welche wegen fortgesetzter Mißhandlung eines Lehrlings angeklagt waren.

**Abänderung der Postordnung von 8. März 1870.** Der § 43, „Verkauf von Postwertzeichen“ betreffend, enthält laut Verfügung vom 5. d. M. nachstehende Fassung: 1. Die Freimarken, sowie die gestempelten Postkarten und Postanweisungen werden zu dem Nennwerte des Stempels an das Publikum abgelassen. 2. Die Anstalt, in welcher die Postwertzeichen hergestellt werden, übernimmt die Abstempelung von Postkarten mit dem Freimarken-Stempel für das Publikum unter den bei jeder Postanstalt zu ersetzenden näheren Bedingungen. 3. Außer Euro gestempelte Postwertzeichen werden innerhalb der durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ und andere öffentliche Blätter bekannt zu machenden Frist bei den Postanstalten zum Nennwerte gegen gekaufte Postwertzeichen umgetauscht. Nach Ablauf der Frist findet ein Umtausch nicht mehr statt. Die Reichs-Postverwaltung ist nicht verbunden, Postwertzeichen baar einzulösen. 4. Die Verwendung der aus gestempelten Postanweisungs-Formularen und Postkarten ausgeschnittenen Franco-Stempel zur Frankierung von Postsendungen ist nicht zulässig. Zum Umtausch in den Händen des Publikums unbrauchbar gewordene Postwertzeichen (Freimarken, gestempelter Postan-



# Wander-Unterstützungs-Kasse der Töpfer und Berufs-Genossen Breslau's.

## General-Versammlung

Sonnabend, 21. März, Abends 7 Uhr  
im Vereins-Lokal, Groschengasse 10/11.  
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.  
NB. Alle Sonnabends geselliges Beisammensein und Aufnahme neuer Mitglieder.

## BRIEG.

### Öffentliche Metall-Arbeiter-Versammlung

Sonntag, 22. März, Vormittag 11 Uhr  
im Saale des Deutschen Krieger-Bundes  
(früher „Hohe Pforte“).

#### Tages-Ordnung:

1. Arben der Gewerkschafts-Organisation. Referent: Herr Oskar Schön.  
2. Diskussion. 3. Beschiedenes.  
Der Eintritt ist allen gewerblichen Arbeitern gegen Zahlung von 10 Pf. Entree gestattet.

Der Einberufer.

Hier!

Siehe erschien im Verlage der „Freien Presse“ in Elberfeld:

## Das untergehende Handwerk und seine Rettung.

Eine wissenschaftliche Studie von Paul Breitung.  
6 Bogen stark. Preis 30 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.  
Bestellungen wolle man an die Expedition d. Bl. ergehen lassen.

Über 500 Illustrations tafeln und Kartenbeilagen.

Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.

## MEYER'S KONVERSATIONS-LEXIKON

VIERTE AUFLAGE.

Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung zur Ansicht.

256 Hefte à 50 Pfennig. — 16 Halbfranzbände à 10 Mark.

## Die Bestrebungen der Socialdemokratie

befleuchtet vom

Ferrimu Eugen Richters.

Eine Streitschrift von Kurt Fall.  
4 1/2 Bogen stark.

Preis 25 Pfg. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.  
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

## Einband-Decken

## „Welterschöpfung und Weltuntergang“

Preis 30 Pfg.

zu haben in der Expedition d. Bl.

## Heinrich Heine's sämtliche Werke!

elegant gebunden Preis 6 Mark.  
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

## Arbeiter-Notiz-Kalender

à 75 und 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Heinrich Muströph,  
Eisfabrik,

aus Pommern oder Deutsch-Russland,  
Kreis Grünberg, wird dringend  
erlaubt, seine Adresse bei der Ex-  
pedition dieses Blattes sofort an-  
zugeben. Kollegen, denen die  
Adresse des Gesuchten bekannt ist,  
werden ebenfalls um Mittheilung  
gebeten.

## Kochverein der Tapezieren.

Die Mitglieder werden ersucht,  
die Beiträge zu zahlen.

Der Vorstand.

## Freie Religionsgemeinde

Sonntag, den 22. März,  
früh 9 1/2 Uhr:  
Erbauung und Confirmation  
Predigt: Ehrlich.

Ein jung bescheid. Diener  
nicht über 20 Jahr, der das Ser-  
viren versteht, findet Stellung

1. April Zeugnis-Abicht. und  
Gehalts-Anspr. einreichen unter Nr.  
Chiffre 100, Landen, Schlei.

### Sumatra,

gute, weisbrennende Decken,  
à Pf. 1.80 Mark bis 5.00 Mark,  
staubfreien Grus,  
à Pf. 50 Pf., à Str. 45 Mark; sowie  
sämmliche Rohtabake,  
zu billigsten Preisen offerirt  
**Johannes Kubis,**  
Gneisenauplatz 1.

## Gigarren

Gute vollbrennende und reinstimmende  
4 Stück 10 Pf., 3 Stück 10 Pf.,  
und zu 2 und 6 Pf., aus gutem  
amerikanischen Tabaken hergestellt,  
sowie sämmliche  
Rauch-, Kau- und  
Schnupf-Tabake  
in guter Qualität zu den billigsten  
Preisen bei

**O. Salzmann,**  
Antonien-Strasse 19,  
Ecke Wallstraße.

## Großer Gelegenheitskauf!

**Goldene Damen-  
Schlüssel-Uhren,**  
15 Mark an,  
**Goldene Damen-  
Kremont-Uhren,**  
24 Mark an,  
**Alte Silberne  
Schlüssel-Uhren,**  
6 Mark an,  
**Schlag-Regulator,**  
18 Mark an,  
**Geh-Regulator,**  
15 Mark,  
**Reise-Wecker 5 Mk.**  
sowie alle Arten

**Wand-Uhren**  
empfehle zu billigen Preisen unter  
2jähr. iger Garantie.  
Gutes Lager von  
**Gold- und Silber-Sachen,  
Ringen, Medaillons, Garnituren,  
Kreuze, goldene Trauringe**  
von 6 Mk. an u. s. w.  
Auch werden alte Uhren, Gold-  
und Silber-sachen gekauft und  
selbige mit in Zahlung genommen.  
Wiederverkäufer hohen Rabatt.  
**Josef Klein,**  
Kupferstr. 37 n. 18.

## Arbeiter

kaufen am billigsten in nur reeller  
Boare bei

## P. Knopf

Gräbchener-Strasse 25  
Ecke Holzeisstraße,  
Arbitersachen, wie Hamburger  
Fiederhosen, Eskimo-Hemden,  
blaue Blousen,  
in nur d. vorbesten Arbeit.  
Confirmationskleider,  
Kragen und Tücher, Herren-  
garderobe, Damen- und  
Kinderkleider, Schnittwaaren,  
sowie Herren-, Damen- und  
Kinderwäsche zu anerkannt billigen  
Preisen.

**P. Knopf,**  
Gräbchener-Strasse 25  
Ecke Holzeisstraße.

**Gummi.**  
Gummi-Artikel 1, 2, 3 u. s. w.  
**Max Sander,**  
Breslau, Reusche-Strasse 58/59.

Im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist  
soeben erschienen.

# Die Frau

und der  
**Sozialismus**

von  
**August Bebel.**

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.  
Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter  
dem Titel: „Die Frau in der Vergangenheit,  
Gegenwart und Zukunft“ erschienen und zwar  
des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig  
umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialisten-  
gesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und  
Kolporteurs zu beziehen. Bei direktem Bezug durch  
die Exped. d. Bl. ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen.

## Durch die Expedition der „Schl. Volkswacht“ sind folgende Schriften zu beziehen:

- Roset oder Darwin? Allen Freunden  
der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt  
von Professor Doret-Port.  
3 Stern. 3. Aufl. Thesen über den  
Sozialismus, sein Wesen, seine Durch-  
führbarkeit und Zweckmäßigkeit. 30 Pf.
- W. Liebknecht's Volks-Fremdwörter-  
buch. 6. Auflage. Preis, geb. 3 Mk.  
In 12 Heften à 20 Pf.
- Einstrahlen der Sonne. Gebicht-  
sammlung, ausgewählt v. Max Kegel.  
Illustrirt von Otto Emil Lau. In  
Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden.  
Preis Mk. 3.50.
- Internationale Bibliothek.  
Abeling, Die Darwin'sche Theorie.  
Gebund. Mk. 2.00.  
Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren.  
Gebund. Mk. 2.00.  
Köhler, Welterschöpfung und Welt-  
untergang. 2. Aufl. Gebd. Mk. 3.50.  
Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl.  
Gebund. Mk. 2.00.  
Kautsky, Thomas More. Geb. Mk. 2.50.  
Bebel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2.50.  
Schippel, Das moderne Elend. Geb.  
Mk. 2.00.  
Blod, W., Die französische Revolution.  
Brochüür Mk. 4.00. Gebund. Mk. 5.50.  
Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Sommel, H., Die Geschichte der Erde.  
Brochüür Mk. 4.40. Gebund. Mk. 5.90.  
Auch in 22 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Dr. W. Zimmermann's Großer  
Deutsch- u. Baverkrieg. Illustr. Volks-  
Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf.
- Sommel, Georg., Feins van Razererb.  
13 Aufl. Historische Studie. 30 Pf.
- Sommel, G., Johannes Ost. 7. Aufl.  
Historische Studie. 25 Pf.
- Welterschöpfung und Weltuntergang  
auf Grund der Naturwissenschaften  
populär dargestellt v. Oswald Köhler.  
Das lebhafteste Entgegenkommen, welches  
das von der Kritik durchaus günstig be-  
urtheilte Buch gefunden hat, veranlaßt  
den Herrn Verfasser, den Text der zweiten  
Ausgabe wesentlich zu vermehren und da-  
zu berücksichtigen, wo es nach dem heutigen  
Stand der Wissenschaft notwendig ge-  
worden ist. Ferner sind nun besseren  
Verständniß weitere Illustrationen ein-  
gefügt und endlich zwei Sternarten  
dem Werke beigegeben worden.  
Ohne Ueberhebung darf gesagt werden,  
daß die „Welterschöpfung“ u. heute zu den  
besten populären Lehrbüchern über die  
Entstehung von Himmel und Erde  
zählt. — in der Billigkeit des Preises  
dürfte es von keinem andern erreicht  
werden.  
Die „Welterschöpfung“ u. ist eine noch  
wendige Ergänzung von Sommels  
„Geschichte der Erde“.  
Um vielfach geäußerten Wünschen nach-  
zukommen, ist auch die „Welterschöpfung“  
in der allgemein beliebten Heftausgabe  
à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das  
ganze Werk wird in 15 Lieferungen  
komplet vorliegen.  
Probehefte liefert jeder Kolporteur.  
Der Arbeitersang und der Weltunter-  
gang von Karl Kautsky. Preis 30 Pf.  
Ein Rückbild von 2000 auf 1887 von  
Edw. Bellamy. Preis 40 Pf.

## Der wahre Jakob.

Illustrirtes sozialdemokratisches Witzblatt.

No. 121

ist erschienen.

## Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch  
die Kolporteurs, sowie durch die Expedition  
dieses Blattes.

## Glas- und Porzellan-Handlung,

eigene Malerei

empfeilt Thür- und Grabstiche billigst, fein decor. Kaffeefarben  
von 3,50 Mk. an, Liqueur-, Bier-, Wasch- und Tafelfarben, sowie  
Ersatzgläser, Wall-Kaläser 6 Stk. 5 Pf. Sigt i. weißem Porzellan-  
Auswahl von Gelegenheitsgegenständen u. Restaurationartikeln.

**Schmidt,** Elisabethstrasse 3, am Ring.